



NEWSLETTER 12/2015

FORUM|MIGRATION



© pxl.store – Fotolia.com

Migration: Der Weg in die Städte

Erstmals in der Geschichte lebt die Mehrheit der Menschen in Städten. Und nie zuvor migrierten so viele Menschen wie heute – die meisten ziehen vom Land in die Stadt. Was bedeutet das für städtisches Leben, für Verwaltung und Politik und für die Migrant_innen? In ihrem neuen Jahresbericht versucht die International Organisation for Migration (IOM) Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Wanderungsbewegungen, so die IOM, seien eine Chance für die Metropolen – wenn diese sich nur richtig vorbereiten.

Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Bildung: Das ist das Versprechen der Städte. Jede Woche lockt es schätzungsweise drei Millionen Menschen weltweit an. Migrant_innen verwandeln Städte in Orte immer größerer Vielfalt und sie können ihren neuen Lebensmittelpunkten viel zurückgeben: „City-Makers“ nennt sie die IOM, denn meist tragen Zuwander_innen entscheidend zur wirtschaftlichen und politischen Bedeutung von Städten bei. Doch der Weg dahin ist beschwerlich: Zuwandererfeindliche Politik schließt Ankommende oft über lange Zeit vom formalen Zugang zu Land, Wohnraum, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversor-

gung und Bildung aus, so die IOM. Enorme Potenziale bleiben deshalb lange ungenutzt. Zuwander_innen haben oft keine andere Wahl, als sich in unerschlossenen oder gefährlichen Gebieten anzusiedeln, an denen sie nur begrenzten Zugang zu Ressourcen haben. Informelle Strukturen wie Slums bilden sich, die Schattenwirtschaft wächst. In beiden Bereichen sind Migrant_innen weit überproportional vertreten. Dies sei beileibe kein Phänomen des globalen Südens, so die IOM: Informelle migrantische Siedlungen finden sich auch in Städten wie Rom, Athen, Madrid und selbst den lange von subsaharischen Migrant_innen besetzten Berliner Oranienplatz listet die IOM auf.

Die Organisation plädiert vor allem dafür, Migrationspolitik und Stadtplanung nicht länger zu trennen. Gute Erfahrungen, so die IOM, hätten etwa Städte gemacht, die Migrant_innenverbände tatsächlich in politische Prozesse integrieren. In die richtige Richtung gehe auch der Schritt von weltweit etwa 1.700 Kommunen, die zur „partizipativen Verwaltung“ von Budgets übergegangen sind – und dabei auch Zuwander_innen Mitspracherechte einräumen.

World Migration Report 2015: <http://bit.ly/1Nm0u9b>

INHALT 12/2015

Migration: Der Weg in die Städte	1
EU-Freizügigkeit:	
Ausweisung als Drohkulisse	2
Verdi: Mehr Mittel für Flüchtlinge	2
Der DGB zu Paris	2
Grafik: „Hier ist noch Platz“	2
Abschiebungen: Der Druck wächst	3
News + Termine	3
Die Roma haben nichts zu verlieren – Kommentar von Marko Knudsen, Direktor des Europäischen Zentrums für Antiziganismusforschung, Hamburg	4



EU-Freizügigkeit: Ausweisung als Drohkulisse

Das neue „Freizügigkeitsgesetz“ stellt den Aufenthalt von EU-Bürger_innen in Deutschland unter weitere Vorbehalte. Eine neue Studie hat jetzt die Folgen der 2014 in Kraft getretenen Reform untersucht. Das Ergebnis: Das Gesetz hat eine Drohkulisse geschaffen und unter erwerbslosen Zuwanderer_innen Panik verbreitet – doch eine systematische Ausweisung jobsuchender ermöglicht es nicht.

„Die Abwehr jobsuchender, neu eingereister EU-Angehöriger wurde auf das Sozialrecht verlagert“, sagt Katharina Jetzinger. Sie hat als Sozialarbeiterin in einer Migrationsberatungsstelle für erwachsene Zuwanderer der AWO in Berlin gearbeitet. Nach Inkrafttreten der Reform hat sie deren Folgen in einer wissenschaftlichen Arbeit an der Berliner Alice-Salomon-Hochschule untersucht und dazu Mitarbeiterinnen des Jobcenters und Zuwanderinnen befragt. Jetzinger spricht von einer „Wiederaufwertung der EU-Binnengrenzen“, bei der das Arbeitskraftregime

eine zentrale Rolle spielt: Ein Antrag auf Leistungen beim Jobcenter kann das Interesse der Ausländerbehörde auf sich ziehen. Tatsächlich fordern manche Ausländerbehörden EU-Bürger_innen, die Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen, zur Ausreise auf. So habe etwa ein Rumäne zwei Monate als Reinigungskraft gearbeitet, bevor er arbeitslos wurde. Da er zumindest kurz Zeit arbeitete, hatte er einen Arbeitnehmer-Status für sechs Monate. In dieser Zeit bezog er ALG II, das Jobcenter zahlte seinen Wohnplatz in einem betreuten Wohnen. Nach Ablauf der sechs Monate wurde das ALG II gestrichen, was ihn in die Wohnungslosigkeit drängte und er bekam ein Zugticket vom Jobcenter ausgehändigt, verbunden mit der Bitte, heimzufahren.

Die Ausweisung nach § 4 FreizügG/EU war auch in der Vergangenheit schon möglich. Neu ist die Befristung der Jobsuche: In der Beratungspraxis zeigt sich, dass die Ausländerbehörden nun verstärkt Nachweise über die Jobsuche verlangen. Bei den Betroffenen

herrsche Unsicherheit, weil das Gesetz schwammig formuliert sei: „Noch Ewigkeiten“, so schätzt ein von Jetzinger befragter Sozialarbeiter, werden sich Gerichte mit der Frage befassen müssen, was „mit Aussicht“ auf Beschäftigung genau bedeute.

Den Migrant_innen solle signalisiert werden, dass wahre Mobilität nur noch bei entsprechender wirtschaftlicher Leistung möglich ist, sagt Jetzinger. Das habe Ängste geschaffen: „In der spanischen Community ging das herum: ‚Pass auf, du kannst jetzt wirklich wieder aus Deutschland fliegen‘, selbst Leute die schon fünf Jahre hier waren, haben sich da Sorgen gemacht.“ Die tatsächliche Ausreise aber, so Jetzinger, sei mit dem Gesetz „praktisch nicht zu erzwingen“. Ein Grenzübertritt zur Rückkehr nach Deutschland könnte schließlich nicht kontrolliert werden. „Die Ausweisung aber steht jetzt als Drohkulisse im Raum.“

Lesen Sie ein Interview mit Katharina Jetzinger auf: www.migration-online.de

Verdi: Mehr Mittel für Flüchtlinge

Bei der Betreuung von Flüchtlingen engagieren sich derzeit viele Freiwillige, aber auch viele Beschäftigte in Kommunen und sozialen Verbänden – oft weit über ihre offizielle Aufgabe hinaus. Das verdiente höchste Anerkennung, könne aber kein Ersatz für dauerhafte Strukturen sein, sagt Ver.di. Auf ihrem Bundeskongress in Leipzig hat die Gewerkschaft erneut faire Arbeitsbedingungen für Betreuer_innen und Asylsuchende gefordert.

Diese dürften nicht in graue und prekäre Jobs abgedrängt werden, heißt es in einem beschlossenen Leitantrag.

Beschäftigte in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit müssten wirksam gegen Überforderung geschützt werden. Das Problem konnten die Gewerkschafter_innen gleich in der benachbarten Messehalle besichtigen: Dort sind 2.000 Asylsuchende unter sehr schwierigen Bedingungen untergebracht. Eine Delegation sprach auf dem Ver.di-Kongress. „Für 2.000 Menschen gibt es nur acht Duschen“, sagte der aus Marokko geflohene Fouad El Moutacuakil. Ver.di spendete für die Flüchtlinge in der Messehalle 10.000 Euro an das Rote Kreuz.

Ver.di-Film zu Flüchtlingen beim Bundeskongress: <http://bit.do/bvCRh>

Der DGB zu Paris

Nach den Anschlägen in Paris hat der DGB davor gewarnt, mit Fremdenfeindlichkeit auf den Terrorismus zu reagieren. „Die Gewerkschaften sind entsetzt und erschüttert“, sagte der DGB Vorsitzende Reiner Hoffmann. „Wir trauern mit Frankreich, mit Europa um die Opfer.“ Die Anschläge richteten sich „nicht gegen Frankreich, sondern gegen Toleranz und Menschenwürde“, so Hoffmann. „Aber wir lassen uns nicht in den Hass und in die Menschenfeindlichkeit treiben. Wir bestehen auf unsere freien, solidarischen und demokratischen Gesellschaften.“

Zum Thema: www.dgb.de/extra/fluechtlinge

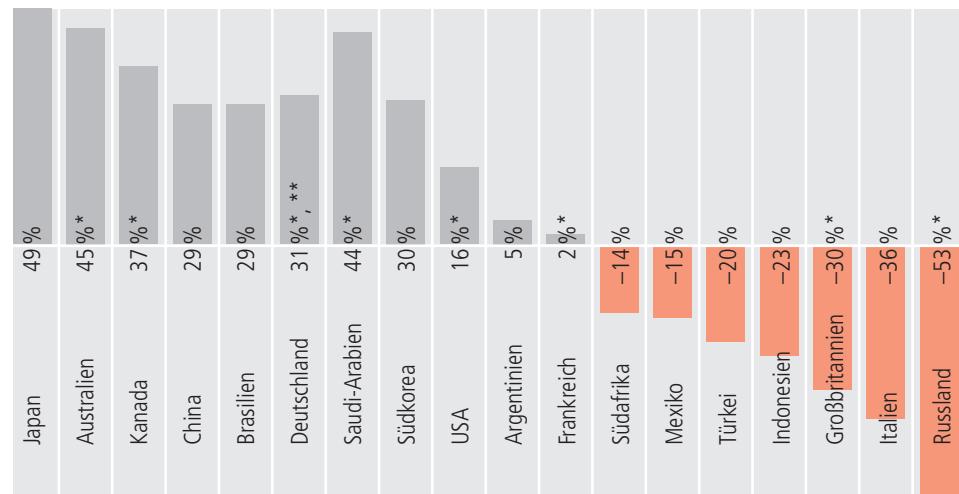
Hier ist noch Platz

Die IOM hat die Bevölkerung der G20-Staaten nach ihrer Haltung zur Einwanderung befragt. In Ländern mit starker Zuwanderung ist sie meist positiv.

Der Prozentwert ist gebildet aus der Summe des Anteils der Befragten, die gleich bleibende oder steigende Zuwanderung in ihrem Land befürworten abzüglich der Befragten, die weniger Einwanderung möchten.

* Top 10-Zielländer für Einwanderer weltweit in 2014

** Wert veraltet, Befragung vor starkem Anstieg der Asylbewerberzahlen im Sommer 2015





Abschiebungen: Der Druck wächst

Auch nach dem letzten Asylpaket gibt es aus der Union Forderungen nach einer weiteren Verschärfung der Abschiebepraxis. Unter anderem sollen mehr Afghan_innen zurückgeschickt werden. Immer mehr abgelehnte Asylsuchende reisen derweil „freiwillig“ wieder aus.

Rund 200.000 ausreisepflichtige Menschen halten sich derzeit in Deutschland auf. Bis August wurden in diesem Jahr nach Angaben des Bundesinnenministeriums 11.522 abgelehnte Asylbewerber_innen abgeschoben. Im gleichen Zeitraum haben rund doppelt so viele Menschen das Programm zur so genannten „freiwilligen Rückkehr“ des Bundes genutzt. Dabei werden Reisekosten übernommen, Rückkehrer_innen aus bestimmten Ländern bekommen eine finanzielle Starthilfe. Nach der Ablehnung eines Asylantrags können Flüchtlinge sich innerhalb von einer Woche für eine solche „freiwillige Rückreise“ entscheiden. Unter den häufigsten Zielländern sind die Balkanstaaten: „Bei den freiwilligen Ausreisen verzeichnen wir eine stark steigende Tendenz“, sagte ein Sprecher des bayerischen Innenministeriums der „Welt“. Auf eine

Abschiebung kommen je nach Bundesland bis zu viermal so viele geförderte „freiwillige Ausreisen“. Hinzukommen abgelehnte Asylsuchende, die ausreisen, ohne dafür Geld zu bekommen. Sie werden in der Regel nicht erfasst.

Anfang November beschloss die Bundesregierung gleichwohl neue Regelungen für mehr Abschiebungen. „Die Zahlen werden steigen“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Eine neue Stelle des Bundes soll Abschiebungen koordinieren und Kontakt mit den Herkunftsstaaten von Flüchtlingen halten, um Abschiebepapiere zu beschaffen. Die Anforderungen an so genannte Reisefähigkeitsbescheinigungen werden erhöht. Ohne Belege zu nennen sagte de Maizière: „Viele simulieren eine Krankheit, um nicht abgeschoben zu werden, sind aber gar nicht krank.“ In einer Reihe von Bundesländern hat die Union Vorschläge in die Landesparlamente eingebracht, um mehr Menschen abschieben zu können.

Heftige Kritik gab es an de Maizières Ankündigung, mehr afghanische Flüchtlinge zurückzuschicken. Diese machen derzeit die zweitgrößte Gruppe

der Ankommenden aus. Es seien „Millionen Euro an Entwicklungshilfe“ nach Afghanistan geflossen, Ergebnis dieser Bemühungen könne „nicht sein, dass verstärkt Menschen das Land verlassen“, so de Maizière. Das Land „versinkt in einem Chaos aus Korruption und Gewalt“, sagte dazu Pro Asyl. „Auf sichere Landesteile zu verweisen, wie de Maizière dies getan hat, stellt eine Verhöhnung der vielen afghanischen Binnenflüchtlinge dar.“ Auch das Auswärtige Amt hält Abschiebungen nach Afghanistan derzeit für kaum möglich.

Für syrische Flüchtlinge hat das Innenministerium die Dublin-Prüfung wieder eingeführt: Wenn sie über einen anderen EU-Staat eingereist sind, können sie in Deutschland kein Asylverfahren durchführen. Diese Praxis war wegen der katastrophalen Lage auf dem Balkan erst im August ausgesetzt worden. Abschiebungen dorthin sind allerdings weiterhin kaum durchführbar. „An den Einreisezahlen wird dies nichts ändern“, sagte der Migrationsexperte des DGB, Volker Roßocha. Der Schutzstatus für Syrer_innen in Deutschland aber werde sich verschlechtern – mit Folgen für den Familiennachzug, Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsdauer.

News + Termine

Flüchtlingshilfe I: Einfacher spenden und Steuern sparen

Das Finanzministerium hat Spenden für Flüchtlinge erleichtert. Auch Beträge über 200 Euro können mit dem „vereinfachten Zuwendungsnachweis“ steuerlich geltend gemacht werden – der Beleg von Einzahlung, Überweisung oder Online-Banking reicht. Wichtig: Als Verwendungszweck muss „Spende“ eingetragen sein. Die Regelung gilt rückwirkend vom 1. August 2015 bis zunächst 31. Dezember 2016. Die Obergrenze für die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden bleibt allerdings bestehen: Sie liegt bei 20 Prozent des Gesamtbetrages der Jahreseinkünfte. Außerdem können jetzt alle Spendensammler_innen Spenden für Flüchtlinge entgegennehmen, nicht nur steuerbegünstigte Organisationen. Dabei ist darauf zu achten, dass der Spendensammler das Spendenkonto als Treuhandkonto führt. Auch Zuwendungen von Unternehmen und gemeinnützigen Körperschaften wurden vereinfacht.

Anordnung des Bundesfinanzministeriums:
<http://bit.ly/1JyhTcn>

Flüchtlingshilfe III: Bund zahlt mehr

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat eine deutliche Erhöhung der Mittel für Integrationskurse und mehr Stellen für das Bundesamt für Migration

und Flüchtlinge beschlossen. Für die Integrationskurse, an denen künftig auch Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive schnell nach ihrer Ankunft teilnehmen sollen, stehen 2016 rund 559 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist mehr als eine Verdoppelung der Mittel aus diesem Jahr, in dem 269 Millionen Euro eingeplant waren. Aufgestockt hat der Ausschuss zudem die Mittel für die Migrationsberatung erwachsener Zuwanderer auf 45 Millionen Euro und für Integrationsprojekte auf 34 Millionen Euro. Das Bundesamt soll 4.000 neue Stellen erhalten.

Wettbewerb: „Die Gelbe Hand“

Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ruft Gewerkschaftsjugend, Berufsschüler_innen und Azubis auf, mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Wie der Beitrag gestaltet ist, bleibt der Fantasie überlassen. Zu gewinnen gibt es insgesamt mehrere tausend Euro. Einsendeschluss ist der 15. Januar 2016.

www.gelbehand.de/wettbewerb

Vielfalt-Mediathek: Mit neuen Podcasts und Expertisen für die Bildungsarbeit

Das Informationsportal Vielfalt-Mediathek stellt Multiplikator_innen der schulischen und außerschu-

lischen Bildungsarbeit sowie engagierten Bürger_innen kostenfrei per Ausleihe oder zum Download Material zu Themen wie Prävention und Intervention bei Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, religiösem Fundamentalismus sowie zu interkulturellem Lernen, Diversität und Demokratiepädagogik zur Verfügung. Ab sofort bietet die Vielfalt-Mediathek neue Podcasts und Expertisen mit einführenden und vertiefenden Hintergrundinformationen an.

www.vielfalt-mediathek.de

Bitte folgen!

Ab sofort ist das DGB Bildungswerk auf Twitter vertreten. Auf dem Account @ForumMigration gibt es aktuelle Nachrichten zu Migration, Vielfalt und Arbeitswelt.

Wir bleiben auf Augenhöhe. Transfertagung des Projekts MENTO

22. bis 23. Februar 2016

Veranstaltungsort: Kalkscheune Berlin

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft Anerkennung

19. bis 24. Juni 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
http://migration-online.de/cms/index_cGIkPTY_.html



Die Roma haben nichts zu verlieren

© Marko Knudsen



Kommentar von Marko Knudsen, Direktor des Europäischen Zentrums für Antiziganismusforschung, Hamburg

Europa verfällt wieder den Populisten. Es rückt so weit nach rechts wie noch nie seit Gründung der EU. Vieles bislang Undenkbare wird alltäglich: Rumänischen und bulgarischen Roma wird die Freizügigkeit verweigert und auch den Vorschlag, selektive Sonderlager nur für Balkanflüchtlinge einzurichten hat die Politik in Deutschland bereits gemacht.

Die Öffentlichkeit setzt die Balkanflüchtlinge oft mit Roma gleich. Das allerdings ist ein Irrtum. Unter den Asylsuchenden aus Albanien zählen die meisten zur albanisch sprechenden Bevölkerung. Auch unter den Asylsuchenden aus dem Kosovo sind Roma eine Minderheit, wenngleich ihr Anteil höher ist als unter den Albanien-Flüchtlingen. Die Roma flüchten aus diesen Ländern, weil die albanisch sprechende Mehrheitsbevölkerung sie mit unverhohlenen Drohungen drängt, ihre Sachen zu packen und zu verschwinden.

Etwas anders ist die Zusammensetzung der Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien. Hier dürfte die große Mehrheit Roma sein. Diskriminierung, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit machen die Lage für sie dort unerträglich. Die Nationalisten hetzen in orchestrierter Weise gegen Roma, erklären ihnen die Feindschaft, entmenschlichen sie: Es handelt sich um antiziganistische politische Verfolgung. „Sicher“ mag es in diesen Ländern für die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft sein – nicht aber für Roma.

Zu verlieren haben diese Menschen dort nichts. Ein sauberes Zelt und regelmäßiges Essen sind schon ein

Gewinn. Sicher zu sein, dass die eigenen Kinder nicht hungern müssen, und sei es nur für wenige Monate, ist eine erstrebenswerte Aussicht für sie. Wer will ihnen diese Menschlichkeit verwehren? Es geht hier nicht um Taschengeld, sondern um das Überleben von Europäern, deren Vorfahren während des Zweiten Weltkrieges in fast allen europäischen Staaten ausgerottet werden sollten.

Die so genannte „Fluchtursachenbekämpfung“ in den Balkanstaaten sieht heute so aus, dass abgeschobenen Heimkehrern, die kein Asyl bekommen haben, die Reisedokumente abgenommen werden. So werden sie vor Ort festgesetzt, eine erneute Ausreise verhindert. Diese Form der Diskriminierung ist eine willfährige Dienstleistung für die EU.

Was kann getan werden, um den Roma in den Herkunftsstaaten tatsächlich zu helfen? Der Antiziganismus muss verdammt werden, genauso wie der Antisemitismus. Die Mehrheitsgesellschaften dort müssen sich der täglichen Ausgrenzung, die sie ausüben, bewusst werden. Nur so ist eine rassismus- und diskriminierungsfreie Mehrheitsgesellschaft zu schaffen. Sonst wird es keine Inklusion geben.

Auf dem Balkan findet in Politik, Medien oder staatlichen Institutionen praktisch keine Auseinandersetzung mit dem eigenen Antiziganismus statt. Das ist einer der Gründe, weshalb Roma jetzt vermehrt Asyl beantragen. Aufklärung, wie sie das Europäische Zentrum für Antiziganismusforschung vor zehn Jahren in Deutschland begonnen hat, existiert nicht außerhalb des deutschen Sprachraumes. Die Begrifflichkeit „Antiziganismus“/„Antigypism“ hat sich zwar etabliert, ohne dabei jedoch aufklärend unterfüttert zu werden.

All das steht im Übrigen auch den Beitrittsambitionen zur Europäischen Union entgegen, die all diese Staaten hegen. Um Mitglied der EU zu werden, darf ein Staat seine Minderheiten nicht diskriminieren – aber wer fragt schon nach den Roma? Am Ende ist die EU eben doch eher eine Wirtschaftsunion als eine der Bürger- und Menschenrechte.

Das Problem beschränkt sich aber nicht auf den Balkan. Dass ein Mahnmal in Deutschland für die während der nationalsozialistischen Schreckensdiktatur ermordeten Roma und Sinti erst 70 Jahre nach Kriegsende möglich war, spricht Bände über die Situation hier. Deutschland muss den aufflamgenden Antiziganismus hier und europaweit in Gesprächen auf die Tagesordnung setzen. Immer wieder muss auf die zwingende Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen gedrängt werden: Der garantierter Schutz der Menschenrechte der europäischen Minderheit der Roma. Darauf muss immer wieder, bei jedem Staatsbesuch, gedrängt werden. Aber Deutschland könnte noch mehr tun: Es könnte eine Antiziganismus-Kommission auf europäischer Ebene ins Leben rufen oder sich dafür einsetzen, einen europäischen Kommissionssitz an die Roma zu geben. Dieser könnte sich gegen den Antiziganismus in Europa stellen und sich um eine Inklusion der Roma bemühen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

